

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 12/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim: Von Krise fast keine Spur dank Coronapandemie?

Ganz so, als wären am Horizont weder eine Riesen-Innenstadtkrise, noch eine hoffnungslos vor die Wand gefahrene ÖPNV-Politik, noch das Hyper-Haushaltsdesaster immer deutlicher zu sehen, scheint man/frau in Mülheim fast ganz zufrieden zu sein mit der Dauerpandemie und ihrer häufig schwer nachvollziehbaren Einzelmaßnahmen-Bekämpfung. Alles andere rückt fast völlig in den Hintergrund. Die Wahlen sind gelaufen und die neue schwarz-grüne Mehrheit im Rat glänzt eher durch Konzeptlosigkeit. Die Verwaltung macht zumeist weiter wie gehabt, wegen des Teil-lockdowns nur noch intransparenter und eigenmächtiger als je zuvor. Und was, wenn Normalität doch wieder zurückkehrt???

OB mit Hinhaltetaktik zur Torpedierung des VHS-Bürgerentscheids

3 Monate nach seiner Wahl zum Mülheimer OB hat Herr Buchholz Ende Nov. endlich ein Gespräch mit dem VHS-Architekten Teich geführt, aber angeblich nur zum Kennenlernen. Der hatte bekanntlich angeboten, zusammen mit dem renommierten Architekten Pfeiffer aus Darmstadt ein sinnvolleres und billigeres Sanierungskonzept für die VHS zu erstellen auf Kosten von Herrn Teich. Nun möchte der OB auch mit Herrn Pfeiffer erst noch ein Kennenlernen-Gespräch führen, bevor er entscheidet, ob er die Herren überhaupt in die gesperrte VHS läßt. **Vor über 1 Jahr hat ein Bürgerentscheid deutlich und überzeugend entschieden, die VHS wieder in das denkmalgeschützte Gebäude an der MüGa zu verlegen.** Der OB will das aber wohl torpedieren und den Architekten, der natürlich Urheberrechte besitzt, weiter hinhalten, so dass man sich als Mülheimer Bürger nur noch schämen muss über diese Umgangsformen! Von der dreisten Missachtung des klaren Bürgerwillens ganz zu schweigen.

**Bürgerentscheid
am 6. Oktober**



Stimmen Sie mit JA!

MBI auf facebook! <https://www.facebook.com/MuelheimerBuergerinitiativen/>

Schulen in Tagen von offenen Fenstern und Corona-Chaos

Schule, Corona, Winter: Bislang hat noch niemand Erfahrung mit dieser brisanten Kombination. Mülheim setzt auf klassisches Lüften. Ob das reicht für die statistischen Corona-Werte? Oder wird die gesundheitliche Gefährdung dadurch nicht sogar deutlich erhöht? Um den Trubel an Haltestellen und in Bussen zu verringern, will Mülheim einen versetzten Unterrichtsstart prüfen. Die Schule könnte dann schon ab 7 Uhr beginnen. Bekanntlich hatten die Mülheimer Schülervertretungen in einem Offener Brief an den OB Bußgelder gegen maskentragende Schüler kritisiert, da an Haltestellen der Mindestabstand nicht eingehalten wurde. In dem Lokalklick-Artikel: „Nach Schülerkritik: Mülheims Politik bewertet Bußgelder wegen Nichteinhaltung des Mindestabstands“ steht u.a.: „MBI-Fraktions Sprecher Lothar Reinhard findet, „den Schülervetretern kann man nur recht geben. Hohe Bußgelder trotz Maske sind indiskutabel. Also: Ab in die Mülltonne damit. Um an Haltestellen Abstandswahrung zu ermöglichen, müsste die Stadt entsprechende Voraussetzungen schaffen sowohl beim Schulunterricht, z.B. aufgeteilte Klassen, und entzerrnde Maßnahmen bei Bus und Bahn“.

Auf den folgenden Seiten:

- Das Elend mit der schlecht gemachten Grundsteuerreform, was die Mülheimer besonders trifft!S. 2
 - Hoffnung für das Tengelmann-Areal und Mülheim-Speldorf? S. 3
 - Immer neue Bauvorhaben entlang des Ruhrufers zwischen Schleuseninsel und Mendener Brücke?S. 3
 - Müllgebühren steigen 2021 um 5%, exorbitant hohe Grundsteuer soll bleiben S. 4
- Einlegeblatt: ÖPP-Irrwege: Beispiel Karl-Ziegler-Schule - Transparenz und demokratische Kontrolle**
Fehlannonce, dafür viel Ärger und auch noch deutlich teurer!

Das Elend mit der schlecht gemachten Grundsteuerreform

In Deutschland müssen alle Grundsteuer B bezahlen, egal ob Eigenheimnutzer oder Mieter, da Vermieter diese rein kommunale Steuer ganz umlegen dürfen. Die Kommunen legen dann den Hebesatz jeweils selbst fest und das bedingt riesige Unterschiede zwischen 200% des sog. Einheitswerts und weit über 1000% z.B. in Offenbach. Knapp dahinter liegt bei Großstädten Mülheim/Ruhr, wo der Hebesatz ab Jan. 2019 unverhältnismäßig um 39% auf 890 erhöht wurde. In mehreren Urteilen erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVG) über viele Jahre das Grundsteuermodell der Einheitswerte

für verfassungswidrig. Doch nichts wurde geändert. Im April 2018 platzte dem BVG der Kragen und es entschied, dass die gesamte Grundsteuer hinfällig werde, falls der Bundestag bis Ende 2019 nicht endlich ein verfassungskonformes Grundsteuermodell beschließen sollte. Nach etlichem Gehampel kam dann kurz vor Jahresende ein geändertes Modell durch, allerdings mit nicht eindeutigen Kriterien und vor allem mit einer sog. Öffnungsklausel, d.h. jedes Bundesland kann eigene Kriterien bestimmen. Das ganze sollte ab 2025 dann angewendet werden. Der NRW-Städtetag beklagt nun, dass die Landesregierung in der Umsetzung der Grundsteuerreform ein ganzes Jahr ungenutzt verstreichen ließ. WAZ vom 14.11.20: „Noch immer keine Klarheit über neue Grundsteuer in NRW“



Das mit Abstand Sinnvollste bei einer Grundsteuerreform wäre gewesen, für ganz Deutschland einen einzigen Hebesatz zu beschließen, unabhängig davon, wie statt des Einheitswertes die neue Grundlage berechnet wird.

Doch darüber sprach niemand, obwohl doch so häufig in Sonntagsreden betont wird, dass man gleiche Bedingungen in allen deutschen Städten und Regionen schaffen wolle. Doch wenn es konkret wird

Genau wie auch bei der seit langem angemahnten und überfälligen Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des völlig aufgeblähten Bundestages fragt man sich, warum die Bundestagsparteien keine wirkliche Lösung hinbekommen (wollen), im Falle der Grundsteuer auch nicht auf höchsttrichterliche Anordnung.

Es scheint, dass den Volksvertretern das Wohl ihrer jeweiligen Parteien inkl. deren Funktionären immer näher liegt als das Wohl der Republik und ihrer Bürger. Bei der Grundsteuer, die alle betrifft, soll den Amtsträgern und Vertretern der großen Parteien vor Ort anscheinend das Instrument der Grundsteuererhöhung für was auch immer keinesfalls verkleinert oder sogar entzogen werden. Das beschleunigt oft eine Spirale nach unten, wie man in der Krisenregion Ruhrgebiet deutlich sehen kann, wo fast alle Städte sich in der Spitzengruppe der Hebesätze befinden, wenn auch nicht ganz so extrem wie in Mülheim/Ruhr, dem unangefochtenen Spitzenreiter bei der NRW-Pro-Kopf-Verschuldung.



Zur Erinnerung auch:

17.2.19: Riesige Mülheimer Grundsteuerdemo: Motto: "Hallo, wir sind auch noch da, wir bezahlen euch und wir missbilligen eure Misswirtschaft" **Doch die Verursacher von SPD, CDU und Grünen wollten nicht an ihrer Erhöhungsorgie rütteln!**

17.6.19: MBI-Antrag zur "Änderung des Hebesatzes zur Grundsteuer B auch wegen der Grundsteuerreform" **Doch der Antrag wurde leider von der Mülheimer de facto-Kenia-Koalition (SPD, CDU und Grüne) ohne**

Diskussion von der Tagesordnung gestimmt.

Für 2021 soll der exorbitant hohe Mülheimer Hebesatz bei der Grundsteuer B beibehalten werden. Mehr dazu auf Seite 4.

Hoffnung für das Tengelmann-Areal und Mülheim-Speldorf?

Bevor die Haub-Familie den Stammsitz ihrer Tengelmann-Gruppe verkaufte, hatten sie von der Firma RKW ein mögliches Nutzungskonzept des 14 ha großen Geländes in Speldorf erarbeiten lassen. Die massiven Bebauungswünsche stießen aber verständlicherweise in Mülheim auf heftige Kritik.

Daraufhin wurde das gesamte Gelände im Juni an das österreichische Immobilien-Unternehmen Soravia aus Wien verkauft, welches in Duisburg und Düsseldorf bereits tätig ist.

Der neue Eigentümer des riesigen ex-Tengelmannareals in Speldorf stellte am 10. November dann Vertretern aller Ratsfraktionen, -gruppen sowie Fraktionslosen seine Unternehmensphilosophie und seine bisherigen Pläne zur Nutzung des Geländes vor. Insgesamt war das informativ und auch hoffnungsgebend für das größte Entwicklungsprojekt in Mülheim in den nächsten Jahren.

In dem Hauptgebäude zwischen Ulmenallee und Koloniestr. sollen weitere Firmen angesiedelt werden, das Kesselhaus, was wahrscheinlich unter Denkmalschutz gestellt werden wird, soll für Gastronomie umgebaut werden, das große Technikum (das weiße Gebäude mit dem Solardach im Bild unten), wo u.a. das Oldtimermuseum von Herrn Haub war, soll für Ausstellungen und Veranstaltungen oder Feiern nutzbar werden.

Das gesamte Gelände soll eine dezentrale Erschließung bekommen, um es auch zu den umliegenden Wohngebieten hin zu öffnen, die Bäume sollen größtenteils erhalten bleiben. Ein städtebaulicher Wettbewerb soll die weitere Nutzung insgesamt festlegen.



Im Bild rechts der Blick auf das ehemalige Tengelmann-Areal, das nun zur "Parkstadt Mülheim" werden soll, von der Koloniestraße aus. Hinter dem Hauptgebäude ragt der Schornstein des alten Kesselhauses in die Höhe. WAZ: „Tengelmann-Areal: Italienische Gastro kommt ins Kesselhaus“

Fazit: Könnte was werden, zumindest haben die Österreicher nicht die maximale Vermarktung im Sinn und auch keine Kahlschlagvorstellungen o.ä. Man wird sehen, doch mit der Firma kann das was werden.

Immer neue Bauvorhaben entlang des Ruhrufers?



Das Gelände des ehemaligen Wasserwerks an der Dohne soll demnächst für zumeist höherwertiges Wohnen zwischen Leinpfad und Dohne neu bebaut werden. Daneben bis zur „Tomate“ befindet sich das „Hotel am Ruhrufer“ (siehe Bild links). Das soll anscheinend aufgegeben werden und anstelle dessen sollen dort teure Wohnungen entstehen mit Blick auf die Ruhr. Ein Stück weiter auf der Mendener Straße soll gegenüber dem

Ruhrstrand anstelle einer alten Villa ein Gebäude für 8 Eigentumswohnungen entstehen, natürlich im gehobenen Preissegment und mit deutlicher Verdichtung. Je Wohnung sind dort zwischen 160 bis 200 qm Wohnfläche vorgesehen. Auch die Zukunft des Wasserbahnhofs auf der Schleuseninsel ist unklar, wobei auch dort zumindest teilweise ein Umbau zu exquisiten Wohnungen nicht vom Tisch ist.

Aus all den Beispielen heraus haben die MBI für den Planungsausschuss am 8.12.20 die Anfrage eingereicht, wie die Stadt mit dem Wildwuchs an Bauvorhaben und -wünschen entlang dieses Panoramateils des Ruhrufers umzugehen gedenkt. Man gedenke auch der Aufgabe der Jugendherberge für teure Eigentumswohnungen. Und wenn weitere Bauprojekte entlang der Mendener Str. genehmigt werden, wird zu befürchten sein, dass auch das ein oder andere Ruderheim dem Beispiel folgen könnte.

Das Baudezernat hat u.a. auf die MBI-Anfrage hin schnell noch einen B-Plan mit Veränderungssperre für den Neubau statt der alten Villa aufgelegt (s.o.).

Müllgebühren steigen um 5%, hohe Grundsteuer soll bleiben

Der Mülheims Stadtrat muss am 17.12. beschließen, wie stark die Bürger 2021 bei Steuern und Gebühren belastet werden. Eine Gebühr soll kräftig steigen. Die Müllgebühren in Mülheim sollen nämlich kräftig um fast 5% steigen. Hauptgrund dafür ist der geplante Einsatz von Mülldetektiven, deren Kosten auf die Bürger umzulegen wäre.



Die vorwiegend gebührenfinanzierte MEG = Mülheimer Entsorgungsbetrieb ist teilprivatisiert (49% Remondis). Er erwirtschaftet jährlich Millionen Überschuss, wovon nur die Hälfte in die Stadtkasse fließt. Eigentlich dürfte auch das nicht sein, denn die Gebührenhöhe soll gesetzlich vorgegeben jährlich kostendeckend in dem vom städt. Haushalt unabhängigen Gebührenhaushalt bestimmt werden. Da der privatisierte Entsorgungsbetrieb aber vertragsgemäß einen Festbetrag erhält für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Winterdienst, kann der Gebührenbedarf nicht wirklich aufgrund der realen Ausgaben berechnet werden. Ohne richtigen Winter verdient z.B. der privatisierte Betrieb sehr gut für fast nix. Und immer, wenn zusätzliche Aufgaben beschlossen werden, die nicht in dem Vertrag von 2001 bzw. den diversen späteren Ergänzungen exakt festgelegt sind, wird der Festbetrag dementsprechend erhöht – zahlt alles sowieso der Gebührenzahler. So ist das auch mit den vom Umweltausschuss beschlossenen Müll“detektiven“.

Nur am Rande: Als u.a. die Stadt Bergkamen vor Jahren ihren vorher privatisierten Entsorgungsbetrieb vollständig rekommunalisierte, konnte man danach die Gebühren senken und den Beschäftigten Tariflöhne garantieren.

Weiter zu den Mülheimer Steuern und Gebühren im Krisenjahr 2021:

Abwasser- und Straßenreinigungsgebühren bleiben in Mülheim ungefähr gleich und auch der rekordverdächtige Hebesatz von 890% bei der Grundsteuer soll erhalten bleiben. Weil der bereits vor Corona hoffnungslos auch bilanziell überschuldete Haushalt der Stadt Mülheim als Folge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit den massiven Einbrüchen der Einnahmen und gleichzeitig deutlich erhöhten Ausgaben ohnehin aus allen Fugen geraten ist, wäre es in der heraufziehenden schweren Wirtschaftskrise angebracht gewesen, die überverhältnismäßige Erhöhung der Grundsteuer ab 2019 um sage und schreibe 39% zumindest zum Teil, besser aber ganz ab 2021 zurückzunehmen. Das hatten die MBI bereits 2019 beantragt, waren bei der Ratsmehrheit Schwarz-Rot-Grün aber nur auf taube Ohren gestoßen. Die Grundsteuer B betrifft alle, ob Eigenheimnutzer, Mieter oder Gewerbetreibende. Weil spätestens nach dem Ende der Corona-Bekämpfung viele Betriebe vor dem Aus stehen, die Sozialsysteme an ihre Belastungsgrenzen stoßen werden und sich für ganze Teile der Bevölkerung die finanzielle Lage unweigerlich verschärfen wird, wäre eine Entlastung bei der Grundsteuer eine ausgesprochen sinnvolle soziale Maßnahme zur Krisenfolgenminderung. Unabhängig davon wird das Grundsteuermodell grundlegend geändert, weshalb dann nicht wenige deutlich mehr zahlen müssen und sicherlich auch weniger Einkommensstarke!

So wird dann die Spaltung der Gesellschaft forciert und der sog. Mittelstand weiter reduziert.

Denjenigen, die in hohlen Sonntagsreden immer von sozialer Gerechtigkeit, gleichen Lebenschancen, Teilhabe, Integration, Inklusion usw. reden, fällt aber anscheinend außer mehr Kontrollen und schärferen Strafen kommunal nichts ein. So auch der geistig und finanziell quasi-bankrotten Stadt Mülheim, die nicht nur maskentragenden Schülern an Haltestellen 250 € Strafe aufbrummte wegen zu geringem Abstand, sondern viel Geld für Müll“detektive“ auf Kosten der Gebührenzahler ausgibt. Da ist dann viel Streit vorprogrammiert und „die Stadt“ ist beschäftigt und kassiert, während die Stadtgesellschaft zusehends auseinanderfällt in diverse Parallelgesellschaften.

Fazit: In fundamentalen Krisenzeiten wie diesen reichen die unzähligen Appelle zum Zusammenhalt sicher nicht, um den drohenden Zerfall der Gesellschaft zumindest abzumildern. Auch die vielen Rettungsschirme, Aussetzung der Insolvenzpflicht, Kurzarbeitergelder usw können nur gewisse Perioden überbrücken. Für danach müssten andere Konzepte her auf breiter Front, auch was die Belastung der Bürger betrifft.

Doch davon ist auch auf kommunaler Ebene nichts zu hören. Man wartet lieber auf einen "deus-ex-machina" oder auf Godot oder wen auch immer, und ist anscheinend heilfroh, mit Coronaschutzmaßnahmen, Infektionszahlen, Kontrollen und Strafen vollauf beschäftigt zu sein.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

ÖPP-Irrwege: Beispiel Karl-Ziegler-Schule

**Der Mülheimer ÖPP-Irrweg: Transparenz und demokratische Kontrolle
Fehlannonce, dafür viel Ärger und auch noch deutlich teurer!**

Seit Jahren streitet die Stadt Mülheim mit der Baufirma Strabag darum, wer die finanzielle Verantwortung trägt für bauliche Mängel an den 3 großen Schulen, die Mülheim in öffentlich-privater „Partnerschaft“ (ÖPP) im Paket hatte sanieren und dann betreiben lassen. Eine außergerichtliche Einigung gelang zumindest beim Karl-Ziegler-Gymnasium bis heute nicht. Inzwischen liegt der Streit um Sanierung von Feuchtigkeit bereits beim Bundesgerichtshof! Wie das an der Gesamtschule Styrum und am Luisengymn. heute aussieht, hat die MBI-Vertreterin im Ausschuss nachgefragt. Auch an der Luisenschule ist die Schadensregulierung weiter strittig!

Ohne das damalige Rätselraten um die Herkunft der Mumie aus den Kellern der Karl-Ziegler-Schule hätte niemand etwas erfahren, weder die Öffentlichkeit, noch die politischen Gremien. Eine MBI-Anfrage im Nov. 16 brachte dann Erstaunliches ans Tageslicht. Im Feb. 17 wollten die MBI deshalb zusätzlich wissen, was bei den diversen PPP-Projekten noch alles bisher unter dem Deckel gehalten wurde. Ähnliche Streitigkeiten überall, war die Auskunft. Auch jetzt, 3 Jahre später, wissen weder Öffentlichkeit, noch Politik, wie der Stand der Dinge ist.



Als aus der Schulpflegschaftsversammlung des Karl-Ziegler-Gymnasiums im Oktober 2020 bekannt wurde, dass Technik- und der Theaterraum wegen Feuchtigkeitsschäden und Schimmelbefall nicht genutzt werden können und dass sich die notwendige Sanierung verzögern wird, nahmen die MBI dies zum Anlass, eine erneute Anfrage für den Immobilienausschuss am kommenden Montag zu stellen. Und siehe da: Am Mittwoch brachte die WAZ am 20.11.20 folgenden ganzseitigen Artikel mit der MBI-Anfrage als Aufhänger.

„Seit sieben Jahren streiten die Stadt Mülheim und ihre privaten Partner, wer die Kosten für eine aus dem Ruder gelaufene Schulsanierung trägt. WAZ: „Streit um Schulsanierung: ÖPP-Partner wollen nicht zahlen“ Sieben Jahre lang musste das Karl-Ziegler-Gymnasium in Mülheim darauf warten, dass immense Feuchtigkeitsschäden behoben werden. Stadt und ÖPP-Partner streiten weiter darum, wer für die Sanierung aufkommen muss. Der Fall, es geht um 3,5 Mio. €, liegt inzwischen beim Bundesgerichtshof!

„Seit sieben Jahren streiten die Stadt Mülheim und ihre privaten Partner, wer die Kosten für eine aus dem Ruder gelaufene Schulsanierung trägt. WAZ: „Streit um Schulsanierung: ÖPP-Partner wollen nicht zahlen“ Sieben Jahre lang musste das Karl-Ziegler-Gymnasium in Mülheim darauf warten, dass immense Feuchtigkeitsschäden behoben werden. Stadt und ÖPP-Partner streiten weiter darum, wer für die Sanierung aufkommen muss. Der Fall, es geht um 3,5 Mio. €, liegt inzwischen beim Bundesgerichtshof!

**Fazit: Alles genauso, wie von den MBI seinerzeit vorher gesagt und immer wieder angemahnt!
Und diese ÖPP-Schule ist nur ein Beispiel von vielen Mülheimer ÖPP-Abenteuern, die mit ein Grund sind, warum das im Ruhrgebiet einst besser gestellte Mülheim zum einsamen NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung wurde!**

b.w.

Zur Erinnerung an die ÖPP-Abenteuer u.a. auch

15.2.17: Eine erneute MBI-Nachfrage nach Problemen mit ÖPP-Projekten, brachte ans Licht, dass alleine bei den 3 PPP-Schulen seit Jahren massenhaft Konflikte mit dem Betreiber Strabag bestehen. Es handelt sich bereits um etliche Millionen und gerichtliche Auseinandersetzungen. Das ist nicht wirklich überraschend, dennoch war selbst die MBI-Frau überrascht: "Es ist ja fast alles strittig" so ihr Fazit. "Völlig undurchsichtig" lautet der WAZ-Kommentar. Genau das gehört zum Wesen von ÖPP-Projekten! Mehr in: ÖPP-Projekte: Schlimmer als erwartet: Fast alles strittig und für die Stadt teurer

Oder 3.12.16: Die Stadt Mülheim und die Strabag liegen bei ÖPP-Kosten wegen Baumängeln beim Karl-Ziegler-Gymnasium seit Jahren im Clinch, völlig im Geheimen! Zufall? Nein, weil elementarer Bestandteil von PPP-Projekten! Ohne das Rätselraten um die Herkunft der Mumie aus den Kellern der Schule hätte niemand etwas erfahren, weder die Öffentlichkeit, noch die politischen Gremien. Eine MBI-Anfrage im Nov. 16 brachte nun Erstaunliches ans Tageslicht. Im Feb. 17 wollen die MBI deshalb wissen, was bei den diversen PPP-Projekten noch alles bisher unter dem Deckel gehalten wurde. Mehr in: PPP und Transparenz sowie demokratische Kontrolle wie Feuer und Wasser?

Scheinheiligkeit der Verursacher (wie einst Pilatus) hilft nicht weiter, dagegen wäre endlich schonungslose Transparenz und Problemanalyse überfällig! Ist aber nicht, weil wegen dem privaten ÖPP-„Partner“ Betriebsgeheimnis.

Der Verwalter des städtischen Haushaltsbankrotts, Kämmerer Mendack, wurde in der WAZ so zitiert: „Generell stehe ich ÖPP-Varianten eher kritisch gegenüber, da sie in der Regel teuer sind“. Das also meint just derjenige, der persönlicher Referent der damaligen OB Mühlenfeld (SPD) war, als die folgenschweren Fehler mit den ÖPP-Projekten Feuerwehr, großes Schulpaket, Medienhaus, Rathaus usw. durchgepeitscht wurden!

Die MBI und die BI „Mülheim bleibt unser“ versuchten 2007 mit großem Aufwand und Einsatz, das absehbare Desaster aufzuhalten mit einem Bürgerentscheid. Dem stand die vereinte Front von SPD, CDU, FDP, Grünen und Ver.di gegenüber. Dennoch stimmte beim Bürgerentscheid die ganz große Mehrheit von ca. 24.000 Bürgern (über 18% aller Wahlberechtigten) für ein Verbot der ÖPP-Geschichten in der Daseinsvorsorge und nur 8650 dagegen. Leider galt damals in NRW für Bürgerentscheide noch das 20%-Quorum (heute 10%), so dass Frau Mühlenfeld und **die ganz große Vanuatu-Koalition im Rat (Schwarz-Rot-Grün-Gelb) ein PPP-Abenteuer nach dem anderen beschließen durften.**



Im Bild links das Plakat der PPP-Fans zum Bürgerentscheid 2007, das auf viele Plakaten stadtweit und auch in einer Postwurfsendung in allen Mülheimer Briefkästen zu finden war.

Unter den Ergebnissen und Folgen der Irrwege von diversen PPP-Projekten leidet die Stadt Mülheim heute so schwer wie kaum eine andere.

Das Allerletzte



Nach und nach löst sich die Zivilgesellschaft auf. Neuestes Mülheimer Beispiel: 26 Jahre lang hat Max Schürmann die Styrumer Stadtviertelkonferenz geleitet. Nun scheint das infrage gestellt. Ein Protokoll wurde zum Brandbrief. **Hat die bewährte Stadtviertelkonferenz Styrum keine Zukunft?** Max Schürmann

(Feldmann-Stiftung) geht 2022 in Altersrente. Um die Aufgaben seiner Nachbesetzung gibt es intensive Debatten. Fast alle möchten die Stadtviertelkonferenz erhalten und weitergeführt haben. Wie das aber ohne Max Schürmann gehen kann, ist unklar.

